

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2017/201786]

**20. FEBRUAR 2017 — Dekret zum Schutz des beweglichen Kulturgutes
von außerordentlicher Bedeutung ⁽¹⁾**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Gegenstand

Das bewegliche Kulturgut von außerordentlicher Bedeutung wird nach Maßgabe dieses Dekrets geschützt.

Art. 2 - Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Dekrets versteht man unter:

1. "eingetragenes Kulturgut": ein wegen seiner künstlerischen, geschichtlichen, archäologischen, wissenschaftlichen oder sonstigen kulturellen Bedeutung in das Verzeichnis wertvollen beweglichen Kulturgutes der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgenommenes bewegliches Kulturgut;
2. "bewegliches Kulturgut": eine bewegliche Sache oder eine Sammlung, die einer oder mehrerer der im Anhang I der Verordnung (EG) Nummer 116/2009 genannten Kategorien angehört;
3. "Sammlung": eine Gesamtheit von beweglichen Sachen, die wegen ihrer künstlerischen, geschichtlichen, archäologischen, wissenschaftlichen oder sonstigen kulturellen Bedeutung zusammengehören;
4. "Archiv": eine geordnete Sammlung von belangvollen Schriftstücken, Dokumenten, Urkunden oder Akten, die zu einer öffentlichen oder privaten Sammlung gehört;
5. "Bibliotheken": öffentliche Bibliotheken im Sinne des Dekrets vom 15. Juni 1994 über öffentliche Bibliotheken und den Beirat für öffentliche Bibliotheken;
6. "Museen": die gemäß dem Dekret vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes anerkannten Museen;
7. "Verzeichnis": das gemäß Artikel 3 erstellte Verzeichnis;
8. "Antragsteller": für die Zwecke des Kapitels 4, den Eigentümer oder seinen Bevollmächtigten;
9. "Regierung": die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
10. "Verordnung (EG) Nummer 116/2009": die Verordnung (EG) Nummer 116/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Ausfuhr von Kulturgütern.

KAPITEL 2 — ERFASSUNG UND EINTRAGUNG IN DAS VERZEICHNIS

Art. 3 - Erfassung

Die Regierung führt ein Verzeichnis wertvollen beweglichen Kulturgutes der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Regierung legt die Kriterien für die Eintragung fest und kann Unterteilungen des Verzeichnisses festlegen. Jedes eingetragene Kulturgut wird mit einer Signatur, deren Zusammensetzung die Regierung festlegt, gekennzeichnet.

Art. 4 - Eintragung in das Verzeichnis

§ 1 - Die Eintragung in das Verzeichnis kann auf Antrag oder von Amts wegen erfolgen.

Antragsberechtigt sind:

1. der Eigentümer, Besitzer oder Inhaber des beweglichen Kulturgutes;
2. das Gemeindegremium der Gemeinde, in der das bewegliche Kulturgut sich befindet;
3. die Leiter von Museen, Bibliotheken, Archiven und kirchlichen Einrichtungen.

§ 2 - Der Antrag ist schriftlich auf dem von der Regierung festgelegten Formular einzureichen. Er enthält die für die Eintragung erforderlichen Angaben über das einzutragende bewegliche Kulturgut:

1. Name und Anschrift des Eigentümers, Besitzers oder Inhabers des Kulturgutes;
2. Ort, an dem sich das Gut zur Zeit der Antragstellung befindet;
3. Objekttyp;
4. Material;
5. Technik;
6. Maße bzw. Gewicht;
7. Einheiten, Stückzahl oder Umfang;

8. Motiv;
9. Inschrift;
10. besondere Merkmale, namentlich Schäden und Reparaturen;
11. Epoche oder Erstellungsdatum;
12. Urheber;
13. Titel;
14. möglichst genaue Angaben zur Herkunft sowie zum Herstellungsort oder, wenn es sich um ein Ergebnis archäologischer oder paläontologischer Ausgrabungen oder Entdeckungen handelt, zum Fundort;
15. Literatur mit Abbildungsverzeichnis, soweit vorhanden;
16. eine Fotografie oder sonstige Abbildung des Kulturgutes.

Art. 5 - Verfahrensbestimmungen

Jede Eintragung, ihre Veränderung und ihre Löschung ist dem Antragsteller und dem Eigentümer oder, wenn Letzterer der Regierung nicht bekannt ist, dem Besitzer oder dem Inhaber des Kulturgutes unverzüglich per Einschreiben mitzuteilen und im *Belgischen Staatsblatt* auszugsweise bekanntzumachen. Dabei werden die Namen des Eigentümers bzw. Besitzers oder Inhabers und der Standort des eingetragenen Kulturgutes nicht erwähnt.

Sobald der Eigentümer bzw. der Besitzer oder der Inhaber des Kulturgutes Kenntnis von der Mitteilung der Regierung zur Eintragung erhalten hat bzw. spätestens am Tag der Bekanntmachung im *Belgischen Staatsblatt*, wenn diese der Mitteilung der Regierung vorangeht, stehen die eingetragenen Kulturgüter unter Schutz nach Maßgabe dieses Dekrets.

Spätestens zwanzig Tage nach der Mitteilung der Regierung hat der Eigentümer, der Besitzer oder der Inhaber des Kulturgutes je nach Fall den Eigentümer, den Besitzer oder den Inhaber per Einschreiben über die Eintragung zu informieren.

Binnen zwei Monaten nach Kenntnisnahme der Mitteilung der Regierung oder spätestens nach der Bekanntmachung im *Belgischen Staatsblatt*, wenn diese der Mitteilung der Regierung vorangeht, kann der Eigentümer, der Besitzer oder der Inhaber des Kulturgutes, sofern er nicht selbst Antragsteller war, eine schriftliche Stellungnahme über die Eintragung abgeben.

Art. 6 - Löschung der Eintragung

Die Regierung kann die Eintragung jederzeit von Amts wegen löschen.

Sind seit Wirksamwerden der Eintragung gemäß Artikel 5 Absatz 2 mehr als fünf Jahre vergangen und haben sich die Umstände wesentlich verändert, so können die Eigentümer, Besitzer oder Inhaber des Kulturgutes bei der Regierung die Löschung beantragen.

Der Schutz des Kulturgutes endet ab dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Löschung im *Belgischen Staatsblatt*.

KAPITEL 3 — SCHUTZMASSNAHMEN

Art. 7 - Erhaltungspflichten

Es ist verboten, eingetragenes Kulturgut zu zerstören, zu beschädigen oder dessen Erscheinungsbild nicht nur unerheblich und nicht nur vorübergehend zu verändern, sofern dieses nicht zur fachgerechten Konservierung und Restaurierung oder zur Forschung gemäß anerkannten wissenschaftlichen Standards erfolgt. Die Regierung kann bei der Eintragung in das Verzeichnis genauere, verhältnismäßige und der Situation angepasste Schutzmaßnahmen festlegen und diese im Nachhinein verändern.

Wer ein eingetragenes Kulturgut beseitigen, verändern, restaurieren oder reparieren will, bedarf der Erlaubnis der Regierung. Der entsprechende Antrag ist auf dem von der Regierung festgelegten Formular einzureichen. Die Erlaubnis kann an Bedingungen geknüpft werden.

In Abweichung von Absatz 2 Satz 1 können bei außerordentlichen Umständen dringende und vorläufige Maßnahmen ohne Erlaubnis vorgenommen werden. Sie sind der Regierung unverzüglich per Einschreiben mitzuteilen.

Art. 8 - Auskunfts- und Anzeigepflichten

§ 1 - Die Eigentümer, Besitzer oder Inhaber eines eingetragenen Kulturgutes sind dazu verpflichtet, auf Anfrage der Regierung die zur Durchführung dieses Dekrets erforderlichen Auskünfte zu erteilen, insbesondere im Fall des Auftretens von Schäden und Mängeln, bei Diebstahl oder Verlust.

§ 2 - Wird ein eingetragenes Kulturgut veräußert, so haben der frühere und der neue Eigentümer den Eigentumswechsel unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats, der Regierung anzuzeigen. Der Eigentümer, Besitzer oder Inhaber, der einem Dritten Rechte am eingetragenen Kulturgut einzuräumen beabsichtigt, hat diesem Dritten mitzuteilen, dass das Gut gemäß diesem Dekret unter Schutz steht. Jede diese Bestimmung verletzende Vereinbarung gilt von Amts wegen als nichtig.

Wird ein eingetragenes Kulturgut an einen anderen Ort gebracht oder gerät es in Verlust oder ist es beschädigt worden, so hat der Eigentümer, der Besitzer oder der Inhaber dies unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats, der Regierung anzuzeigen.

Wechselt der Besitz bzw. die Innehabung eines eingetragenen Kulturgutes, sind der bisherige und der neue Besitzer oder Inhaber zur Mitteilung verpflichtet. Sind Eigentümer und Besitzer oder Inhaber nicht personengleich, so ist auch der Eigentümer zur Mitteilung verpflichtet.

Art. 9 - Zuschüsse für Erhalt und Pflege

Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung Zuschüsse für Erhalt und Pflege des eingetragenen Kulturgutes gewähren.

Der Zuschuss ist bei der Regierung zu beantragen. Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

KAPITEL 4 — AUSFUHR

Art. 10 - Ausfuhrgenehmigungen

§ 1 - Die zeitweilige oder endgültige Ausfuhr eingetragenen Kulturgutes aus dem deutschen Sprachgebiet bedarf der Genehmigung der Regierung.

Der entsprechende Antrag ist auf dem von der Regierung festgelegten Formular einzureichen. Die Genehmigung zur Ausfuhr gilt für ein Jahr und kann an Bedingungen geknüpft werden. Sie ist zu versagen, wenn bei Abwägung der Umstände des Einzelfalls wesentliche Belange des Kulturerbes der Deutschsprachigen Gemeinschaft überwiegen.

Ist die Eintragung eines Kulturgutes eingeleitet, so ist seine Ausfuhr untersagt, bis die Entscheidung über die Eintragung unanfechtbar geworden ist.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

§ 2 - Für die Ausfuhr aus dem europäischen Zollgebiet von eingetragenen Kulturgütern, die sich im deutschen Sprachgebiet befinden, gelten die Bestimmungen der Verordnung (EG) Nummer 116/2009. Die in dieser Verordnung genannte Genehmigung wird bei der Regierung beantragt. Sie kann nur für eingetragene Kulturgüter erteilt werden, deren Ausfuhr vorher gemäß Paragraph 1 genehmigt wurde.

Die Regierung kann spezifische offene und allgemeine offene Genehmigungen erteilen, wie in der Durchführungsverordnung (EU) Nummer 1081/2012 der Kommission vom 9. November 2012 zu der Verordnung (EG) Nummer 116/2009 des Rates über die Ausfuhr von Kulturgütern vorgesehen.

Art. 11 - Antrag

Die Regierung stellt die in Artikel 10 § 1 genannte Genehmigung zur Ausfuhr aus oder verweigert sie binnen zwei Monaten ab dem Eingang des Antrags.

Art. 12 - Kaufangebot

Verweigert die Regierung den Antrag auf die in Artikel 10 § 1 genannte Genehmigung zur Ausfuhr, so kann der Antragsteller binnen eines Monats ab Eingang der Verweigerung per Einschreiben ersuchen, dass die Regierung oder ein von ihr bezeichneter Dritter ein Kaufangebot macht.

Art. 13 - Fristen

§ 1 - Die Regierung oder der von ihr bezeichnete Dritte tritt binnen einem Monat nach Empfang des in Artikel 12 genannten Ersuchens in Verhandlung zwecks Erwerbs des eingetragenen Kulturgutes.

§ 2 - Verweigert die Regierung oder der von ihr bezeichnete Dritte binnen der in Paragraph 1 genannten Frist schriftlich das in Artikel 12 genannte Ersuchen oder sind sie mit dem Antragsteller nicht in Verhandlung getreten, wird eine Genehmigung zur Ausfuhr ausgestellt. Diese Genehmigung ist binnen 15 Tagen nach Zusenden des Verweigerungsbescheids bzw. nach Ablauf der in Paragraph 1 genannten Frist auszustellen.

Art. 14 - Preisfestlegung

§ 1 - Der Preis des eingetragenen Kulturgutes wird zum Zeitpunkt des Empfangs durch die Regierung des in Artikel 12 genannten Ersuchens auf Basis des internationalen Marktwerts festgelegt.

Als Höchstbetrag dieses Preises gilt der beim Ersuchen angegebene Wert des eingetragenen Kulturgutes.

§ 2 - Kommt binnen einem Monat nach Verhandlungsanfang keine Übereinstimmung zum Preis zwischen der Regierung bzw. dem von ihr bezeichneten Dritten und dem Antragsteller zustande, kann dieser Preis auf Antrag der zuerst handelnden Partei durch ein Sachverständigengremium festgelegt werden.

Dieses Gremium setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen. Ein Mitglied wird durch die Regierung und ein Mitglied durch den Antragsteller bestellt. Das dritte Mitglied wird durch beide vorgenannten Mitglieder im Einvernehmen bestellt. Können sich diese beiden Mitglieder nicht einigen, trifft der Richter, den die zuerst handelnde Partei angerufen hat, die Entscheidung.

Das Gremium teilt beiden Parteien seinen Beschluss binnen einem Monat ab seiner Anrufung mit.

§ 3 - Die Regierung legt die Bestimmungen über die Preisfestlegung, die Vergütung der Sachverständigen sowie das anzuwendende Verfahren fest.

Art. 15 - Verhandlungseinstellung

Der Antragsteller kann zu jeder Zeit die Verhandlungen einstellen. Dies teilt er der Regierung und gegebenenfalls dem von ihr bezeichneten Dritten per Einschreiben mit.

Ein neuer Antrag auf Genehmigung zur Ausfuhr darf erst drei Jahre nach der in Absatz 1 genannten Mitteilung eingereicht werden.

Art. 16 - Modalitäten

§ 1 - Die Regierung bzw. der von ihr bezeichnete Dritte teilt dem Antragsteller das Angebot binnen zehn Monaten nach Empfang des in Artikel 12 genannten Ersuchens per Einschreiben mit.

§ 2 - Wird der Preis gemäß Artikel 14 § 2 festgelegt, hat die Regierung bzw. der von ihr bezeichnete Dritte den vom Sachverständigengremium festgelegten Preis anzubieten.

Art. 17 - Verlängerung der Fristen

§ 1 - Die Regierung kann die in Artikel 16 § 1 genannte Frist um höchstens vier Monate verlängern, wenn es Anhaltspunkte gibt, dass binnen diesem Zeitraum ein Angebot für den festgelegten Preis von der Regierung bzw. dem von ihr bezeichneten Dritten gemacht werden kann.

Die Regierung teilt dem Antragsteller ihre Entscheidung zur Verlängerung der Frist per Einschreiben mit.

§ 2 - Macht die Regierung bzw. der von ihr bezeichnete Dritte kein Angebot für den festgelegten Preis binnen der in Artikel 16 oder gegebenenfalls in Artikel 17 § 1 Absatz 1 genannten Frist oder hat sie bzw. er ein Angebot für den festgelegten Preis verweigert, so wird eine Genehmigung zur Ausfuhr binnen 15 Tagen nach Auslauf der entsprechenden Frist oder nach Zusenden des Verweigerungsbescheids ausgestellt.

Art. 18 - Verweigerung des Angebots

Der Antragsteller kann das Angebot der Regierung bzw. des von ihr bezeichneten Dritten verweigern. Er teilt dies der Regierung und gegebenenfalls dem von ihr bezeichneten Dritten binnen einem Monat nach Empfang des Angebots per Einschreiben mit.

Ein neuer Antrag auf Genehmigung zur Ausfuhr darf erst drei Jahre nach der in Absatz 1 genannten Mitteilung eingereicht werden.

Wird keine Verweigerung gemäß Absatz 1 mitgeteilt, so wird der Eigentümer als mit dem Angebot einverstanden betrachtet.

KAPITEL 5 — AUFSICHTS- UND STRAFBESTIMMUNGEN**Art. 19 - Aufsicht**

§ 1 - Unbeschadet der Verpflichtungen der Gerichtspolizeioffiziere betraut die Regierung Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Aufsicht der Ausführung dieses Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen sowie mit der Ermittlung und der Feststellung von Verstößen gegen dieses Dekret und dessen Ausführungsbestimmungen.

Diese Personalmitglieder haben für die Ausführung dieses Dekrets die Eigenschaft des Gerichtspolizeioffiziers.

§ 2 - Sie protokollieren Verstöße gegen dieses Dekret und dessen Ausführungsbestimmungen.

Die Person, die Gegenstand des Protokolls ist, erhält eine beglaubigte Abschrift binnen 15 Tagen ab Feststellung des Verstoßes.

§ 3 - Im Rahmen des in Paragraph 1 genannten Auftrags und wenn ausreichende Indizien vorhanden sind, um anzunehmen, dass sich eingetragenes Kulturgut, Auskünfte bzw. Unterlagen in Räumlichkeiten befinden, die als Wohnung dienen können, können Haussuchungen vorgenommen werden. Diese müssen zwischen 5 und 21 Uhr entweder mit Ermächtigung des Richters im Polizeigericht oder mit vorheriger und schriftlicher Erlaubnis des Bewohners oder beim Entdecken auf frischer Tat stattfinden. Diese Haussuchungen werden von mindestens einem Gerichtspolizeioffizier oder aber, falls es sich um Personalmitglieder gemäß Paragraph 1 handelt, von mindestens zwei Gerichtspolizeioffizieren vorgenommen.

Art. 20 - Anordnungen der Gerichtspolizeioffiziere

Die in Artikel 19 genannten Personalmitglieder und Offiziere können die Einstellung von Arbeiten anordnen, die gegen dieses Dekret oder dessen Ausführungsbestimmungen verstoßen. Nötigenfalls schalten sie die bewaffnete Macht ein und nehmen die Versiegelung sowie die Beschlagnahme des eingetragenen Kulturgutes, der Werk- und Fahrzeuge vor. Diese Maßnahmen werden protokolliert.

Art. 21 - Verstoß gegen Artikel 7 oder 8

Der Eigentümer, Besitzer oder Inhaber, der gegen Artikel 7 oder Artikel 8 verstößt, wird mit einer Geldstrafe von 100 bis 100.000 Euro und mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis einem Monat oder einer dieser Strafen alleine belegt.

Art. 22 - Verstoß gegen Artikel 19

Der Eigentümer, Besitzer oder Inhaber, der die in Artikel 19 genannten Personalmitglieder oder Offiziere vorsätzlich beim Ausführen ihrer Aufgaben stört oder hindert, wird mit einer Geldstrafe von 26 bis 200 Euro und einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis sechs Monaten oder einer dieser Strafen alleine belegt.

Art. 23 - Anordnungen des Gerichts

§ 1 - Auf Klage der Regierung ordnet das Gericht dem Verurteilten aufgrund von Artikel 21 an:

1. die erforderlichen Maßnahmen zur Instandhaltung und zum Unterhalt zu ergreifen, um einen weiteren Zerfall des eingetragenen Kulturgutes zu vermeiden;

2. das eingetragene Kulturgut unter Aufsicht und unter Beachtung der Anweisungen der Dienststellen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu restaurieren;

3. der Hinterlegungs- und Konsignationskasse eine Kautions zu überweisen. Diese Kautions wird auf Basis der geschätzten Kosten für die Instandhaltung, den Unterhalt und die Restaurierung des eingetragenen Kulturgutes festgelegt.

Zudem bestimmt das Urteil, dass die in Absatz 1 Nummer 3 genannte Kautions dem Verurteilten nach Vollzug der im Urteil angeordneten Maßnahmen zurückgezahlt wird und dass bei Nichtbezahlung der Kautions das eingetragene Kulturgut als Bürgschaft gilt.

§ 2 - Für den Fall, dass die im Urteil angeordneten Maßnahmen nicht binnen der festgelegten Frist vollzogen werden, wird im Urteil angeordnet, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft von Amts wegen den Vollzug auf Kosten des Verurteilten vornehmen kann.

Alle Kosten werden zulasten des Verurteilten auf die in Paragraph 1 Absatz 1 Nummer 3 genannte Kautions berechnet.

Unbeschadet der Entschädigung und des verhängten Zwangsgeldes bleibt der Saldo der Kautions vollständig der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhalten.

Wenn das eingetragene Kulturgut gemäß Paragraph 1 Absatz 2 als Bürgschaft gilt, wird es nach fünf Jahren ab dem in Paragraph 1 genannten Urteil endgültig Eigentum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, es sei denn, dass der Verurteilte vor Ablauf dieses Zeitraums seiner vom Richter angeordneten Verpflichtung nachkommt, die Kautions einzuzahlen.

§ 3 - Im Fall von unmittelbarem Instandsetzen beschränken sich die Rechte der Zivilpartei auf die von der Regierung angeforderte Art von Instandsetzen, unbeschadet des Rechts, Schadenersatz zulasten des Verurteilten zu beantragen.

Art. 24 - Unzulässige Ausfuhr

Wer ohne die in Artikel 11 § 1 bzw. in der Verordnung (EG) Nummer 116/2009 genannte Genehmigung eingetragenes Kulturgut ausführt, wird mit einer Geldstrafe von 300 bis 100.000 Euro und einer Gefängnisstrafe von vier Monaten bis fünf Jahren oder einer dieser Strafen alleine belegt.

Die in Absatz 1 genannten Strafen werden verdoppelt, wenn die Zuwiderhandlung von einer Person begangen wird, die wegen ihres Berufs oder ihrer Tätigkeit in Bezug auf das eingetragene Kulturgut Geschäftshandlungen vornimmt, oder von einer Person, die beim Geschäft als Zwischenperson auftritt.

Art. 25 - Weitere Maßnahmen

§ 1 - Vorbehaltlich des Gesetzes vom 28. Oktober 1996 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet bestimmter ausländischer Staaten verbrachten Kulturgütern, ordnet das Gericht dem Verurteilten auf Klage der Regierung aufgrund von Artikel 24 an:

1. das eingetragene Kulturgut binnen einer vom Gericht festzulegenden Frist, die ein Jahr nicht überschreitet, wieder in die Deutschsprachige Gemeinschaft einzuführen;
2. der Hinterlegungs- und Konsignationskasse eine Kaution zu überweisen. Diese Kaution wird vom Gericht auf Basis des internationalen Marktwerts des eingetragenen Kulturgutes, erhöht um die für dessen Rückkehr geschätzten Kosten, festgelegt. Zudem ordnet das Urteil an, dass in Ermangelung einer Zahlung das zurückgebrachte eingetragene Kulturgut als Bürgschaft gilt.

§ 2 - Für den Fall, dass das eingetragene Kulturgut nach Ablauf der im Urteil festgelegten Frist nicht in die Deutschsprachige Gemeinschaft zurückgebracht wird, ordnet das Gericht an, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft von Amts wegen die Vollstreckung des Urteils auf Kosten der verurteilten Person vorsehen kann. Alle Kosten für Transport und Versicherung und andere notwendige Vollstreckungskosten werden zulasten des Verurteilten auf die geleistete Kaution angerechnet.

Unbeschadet der Entschädigung und des verhängten Zwangsgeldes bleibt der Saldo der Kaution vollständig der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhalten.

Wenn das zurückgebrachte eingetragene Kulturgut gemäß Paragraf 1 Nummer 2 letzter Satz als Bürgschaft gilt, wird es fünf Jahre nach dem in Paragraf 1 genannten Urteil endgültiges Eigentum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, es sei denn, dass der Verurteilte der ihm von einem Gericht auferlegten Verpflichtung zur Zahlung einer Kaution noch vor Ablauf dieser Frist nachkommt.

Die Rechte der Zivilpartei sind im Falle der direkten Wiederherstellung auf die von der Regierung geforderte Art und Weise der Wiederherstellung beschränkt, unbeschadet des Anspruchs auf Entschädigung der Schäden gegen den Verurteilten.

Art. 26 - Weitere Strafen

Wird mit einer Geldstrafe von 26 bis 50.000 Euro und einer Gefängnisstrafe von vier Monaten bis fünf Jahren oder einer dieser Strafen alleine belegt:

1. wer beim Beantragen einer Genehmigung, Kulturgüter aus der Europäischen Union auszuführen, wissentlich unrichtige oder unvollständige Erklärungen abgibt oder unrichtige oder unvollständige Auskünfte liefert;
2. wer ein eingetragenes Kulturgut der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus der Europäischen Union ohne Genehmigung ausführt.

Art. 27 - Geheimhaltungspflicht

Jede Person, die in gleich welcher Eigenschaft von der Ausführung und dem Vollzug dieses Dekrets betroffen ist, ist zur Geheimhaltung verpflichtet.

KAPITEL 6 — SPEZIFISCHE AUFTRÄGE DER REGIERUNG**Art. 28 - Informations- und Bildungsmaßnahmen**

Die Regierung kann Informationskampagnen und Bildungsmaßnahmen veranstalten, um in der Öffentlichkeit das Verständnis für den Wert des beweglichen Kulturgutes sowie für die Gefahren zu wecken und zu entwickeln, die durch Diebstahl, rechtswidrige Ausfuhr und dergleichen für das kulturelle Erbe entstehen.

Die Regierung veröffentlicht im Internet Informationen über das bewegliche Kulturgut.

Art. 29 - Untersuchungen

Die Regierung kann wissenschaftliche, technische und künstlerische Untersuchungen im Hinblick auf den wirksamen Schutz des beweglichen Kulturgutes fördern.

Art. 30 - Zusammenarbeit

Die Regierung arbeitet mit anderen zuständigen Stellen zusammen und fördert eine Abstimmung zwischen den zuständigen nationalen Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

In diesem Rahmen erfüllt sie insbesondere folgende Aufgaben gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2014/60/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern und zur Änderung der Verordnung (EU) Nummer 1024/2012 (Neufassung):

1. auf Antrag des ersuchenden Mitgliedstaats Nachforschungen nach einem bestimmten Kulturgut, das unrechtmäßig aus seinem Hoheitsgebiet verbracht wurde, und nach der Identität der Person, die die tatsächliche Sachherrschaft über das Kulturgut für sich selbst und/oder für andere ausübt. Diesem Antrag sind alle erforderlichen Angaben, insbesondere über den tatsächlichen oder vermutlichen Ort der Belegenheit des Kulturgutes, zur Erleichterung der Nachforschungen beizufügen;
2. Unterrichtung der betroffenen Mitgliedstaaten im Fall des Auffindens eines Kulturgutes im deutschen Sprachgebiet, wenn begründeter Anlass für die Vermutung besteht, dass das Kulturgut unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats verbracht wurde;
3. Erleichterung der Überprüfung durch die zuständigen Behörden des ersuchenden Mitgliedstaats, ob der betreffende Gegenstand ein Kulturgut darstellt, sofern die Überprüfung innerhalb von sechs Monaten nach der Unterrichtung gemäß Nummer 2 erfolgt. Wird diese Überprüfung nicht innerhalb der festgelegten Frist durchgeführt, so sind die Nummern 4 und 5 nicht mehr anwendbar;

4. in Zusammenarbeit mit dem betroffenen Mitgliedstaat erforderlichenfalls Erlass der notwendigen Maßnahmen für die physische Erhaltung des Kulturgutes;

5. Erlass der erforderlichen vorläufigen Maßnahmen, um zu verhindern, dass das Kulturgut dem Rückgabeverfahren entzogen wird;

6. Wahrnehmung der Rolle eines Vermittlers zwischen der Person, die die tatsächliche Sachherrschaft über das Kulturgut für sich selbst und/oder für andere ausübt und dem ersuchenden Mitgliedstaat in der Frage der Rückgabe. Zu diesem Zweck kann die Regierung zunächst die Einleitung eines Schiedsverfahrens gemäß den nationalen Rechtsvorschriften erleichtern, sofern der ersuchende Mitgliedstaat sowie die Person, die die tatsächliche Sachherrschaft über das Kulturgut für sich selbst oder für andere ausübt, ihre förmliche Zustimmung erteilen.

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit nutzen die Dienststellen der Regierung ein auf Kulturgüter abgestimmtes spezifisches Modul des mit der Verordnung (EU) Nummer 1024/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/49/EG der Kommission ("IMI-Verordnung") eingeführten Binnenmarktinformationssystems ("IMI"). Sie können das IMI auch für die Verbreitung einschlägiger fallbezogener Informationen über Kulturgüter, die gestohlen oder unrechtmäßig aus ihrem Hoheitsgebiet verbracht wurden, nutzen.

KAPITEL 7 — SCHLUSSBESTIMMUNG

Art. 31 - Aufhebungsbestimmung

Sind aufgehoben:

1. Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 16. August 1824, der besagt, dass die Kirchenfabriken nichts beschließen dürfen, das ihnen nicht durch bestehende Gesetze, Erlasse und Verordnungen zugewiesen wurde;

2. die Artikel 17 bis 20 des Gesetzes vom 7. August 1931 zum Erhalt der Denkmäler und Landschaften;

3. das Gesetz vom 16. Mai 1960 über das nationale Kulturerbe.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 20. Februar 2017

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2016-2017*

Nummerierte Dokumente: 158 (2016-2017), Nr. 1 Dekretentwurf.

158 (2016-2017), Nr. 2 Bericht.

Ausführlicher Bericht: 20. Februar 2016 - Nr. 37 Diskussion und Abstimmung.

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2017/201786]

20 FEVRIER 2017. — Décret visant la protection des biens culturels mobiliers particulièrement remarquables (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales

Article 1^{er}. Objet

Les biens culturels mobiliers particulièrement remarquables sont protégés conformément aux dispositions du présent décret.

Art. 2. Définitions

Au sens du présent décret, il faut entendre :

1. « bien culturel inscrit » : un bien culturel mobilier repris dans l'inventaire des biens culturels mobiliers précieux de la Communauté germanophone en raison de sa valeur artistique, historique, archéologique, scientifique ou culturelle diverse;

2. « bien culturel mobilier » : un objet mobilier ou une collection faisant partie d'une ou plusieurs catégories mentionnées dans l'annexe du Règlement (CE) n° 116/2009;

3. « collection » : un ensemble d'objets mobiliers qui sont liés par leur valeur artistique, historique, archéologique, scientifique ou culturelle diverse;

4. « archive » : une collection organisée de pièces, documents, actes ou dossiers intéressants faisant partie d'une collection publique ou privée;

5. « bibliothèques » : les bibliothèques publiques au sens du décret du 15 juin 1994 relatif aux bibliothèques publiques et au conseil consultatif des bibliothèques publiques;

6. « musées » : les musées agréés en vertu du décret du 7 mai 2007 relatif à la promotion des musées et des publications dans le domaine du patrimoine culturel;
7. « inventaire » : l'inventaire dressé conformément à l'article 3;
8. « demandeur » : aux fins du chapitre 4, le propriétaire ou son mandataire;
9. « Gouvernement » : le Gouvernement de la Communauté germanophone;
10. « Règlement (CE) n° 116/2009 » : le Règlement (CE) n° 116/2009 du Conseil du 18 décembre 2008 concernant l'exportation de biens culturels.

CHAPITRE 2. — Recensement et inscription dans l'inventaire

Art. 3. Recensement

Le Gouvernement tient un inventaire des biens culturels mobiliers précieux de la Communauté germanophone. Le Gouvernement détermine les critères de l'inscription et peut fixer des subdivisions dans l'inventaire. Chaque bien culturel inscrit est identifié par une cote dont le contenu est fixé par le Gouvernement.

Art. 4. Inscription dans l'inventaire

§ 1^{er}. L'inscription dans l'inventaire peut avoir lieu sur demande ou d'office.

Peuvent introduire une demande :

- 1° le propriétaire, le possesseur ou le détenteur du bien culturel mobilier;
- 2° le collège communal de la commune dans laquelle se trouve le bien culturel mobilier;
- 3° les directeurs de musées, bibliothèques, archives et institutions ecclésiastiques.

§ 2. La demande est introduite par écrit au moyen du formulaire fixé par le Gouvernement. Elle contiendra les données relatives au bien culturel mobilier à inscrire et nécessaires à cette inscription :

- 1° le nom et l'adresse du propriétaire, du possesseur ou du détenteur du bien culturel;
- 2° le lieu où se trouve le bien au moment de la demande;
- 3° le type d'objet;
- 4° le matériau;
- 5° la technique;
- 6° les dimensions ou le poids;
- 7° les lots, le nombre ou le volume;
- 8° les motifs;
- 9° les inscriptions;
- 10° les caractéristiques particulières, notamment les dommages et les réparations;
- 11° l'époque ou la date de fabrication;
- 12° l'auteur;
- 13° le titre;
- 14° des données aussi précises que possible sur l'origine ainsi que sur le lieu de fabrication ou le lieu de découverte lorsqu'il s'agit d'un objet issu de fouilles ou de découvertes archéologiques ou paléontologiques;
- 15° des références bibliographiques avec recueil d'illustrations, lorsqu'il en existe;
- 16° une photo ou une autre représentation du bien culturel.

Art. 5. Dispositions procédurales

Toute inscription, sa modification ou sa radiation doit être immédiatement communiquée par recommandé au demandeur et au propriétaire ou, si ce dernier n'est pas connu du Gouvernement, au possesseur ou au détenteur du bien culturel et publiée au *Moniteur belge* sous forme d'extrait. Cette publication ne mentionnera ni le nom du propriétaire ni, selon le cas, celui du possesseur ou du détenteur ni le lieu où se trouve le bien culturel mobilier inscrit.

Dès que le propriétaire ou, selon le cas, le possesseur ou le détenteur du bien culturel a eu connaissance de la notification d'inscription du Gouvernement ou au plus tard, le jour de la publication au *Moniteur belge*, si celle-ci précède ladite notification, les biens culturels inscrits sont protégés conformément aux dispositions du présent décret.

Au plus tard vingt jours après la notification du Gouvernement, le propriétaire, le possesseur ou le détenteur du bien culturel, selon le cas, doit faire part de l'inscription au propriétaire, au possesseur ou au détenteur, et ce, par recommandé.

Dans un délai de deux mois après avoir pris connaissance de la notification du Gouvernement ou au plus tard après la publication au *Moniteur belge*, si celle-ci précède ladite notification, le propriétaire, le possesseur ou le détenteur peut faire parvenir une prise de position par écrit concernant l'inscription pour autant qu'il ne soit pas lui-même demandeur.

Art. 6. Radiation de l'inscription

Le Gouvernement peut en tout temps radier d'office l'inscription.

Lorsque plus de cinq ans se sont écoulés depuis la prise d'effet de l'inscription conformément à l'article 5, alinéa 2, et que les circonstances ont sensiblement changé, le propriétaire, le possesseur ou le détenteur du bien culturel peuvent demander la radiation au Gouvernement.

La protection du bien culturel prend fin à compter du jour de la publication au *Moniteur belge* de la radiation.

CHAPITRE 3. — *Mesures de protection***Art. 7.** Obligations en matière de conservation

Il est interdit de détruire ou d'abîmer un bien culturel inscrit ou d'en modifier l'aspect de manière autre que strictement minime et temporaire si ladite modification n'est pas effectuée à des fins de conservation et de restauration dans les règles de l'art ou à des fins de recherches conformément aux normes scientifiques reconnues. Lors de l'inscription dans l'inventaire, le Gouvernement peut fixer des mesures de protection proportionnelles plus précises et adaptées à la situation et modifier celles-ci ultérieurement.

Celui qui veut détruire, modifier, restaurer ou réparer un bien culturel inscrit doit obtenir l'autorisation du Gouvernement. La demande y relative est introduite au moyen du formulaire fixé par le Gouvernement. Cette autorisation peut être conditionnelle.

Par dérogation à l'alinéa 2, première phrase, des mesures urgentes et provisoires peuvent être prises sans autorisation lors de circonstances extraordinaires. Elles seront communiquées sans délai au Gouvernement par recommandé.

Art. 8. Obligation de fournir des renseignements et d'informer

§ 1^{er}. Les propriétaires, possesseurs et détenteurs d'un bien culturel inscrit sont obligés, à la demande du Gouvernement, de fournir les renseignements nécessaires à l'exécution du présent décret, notamment dans le cas de dommages ou de manquements, de vol ou de perte.

§ 2. Si un bien culturel inscrit est cédé, l'ancien propriétaire et le nouveau doivent informer le Gouvernement du changement de propriété, au plus tard dans un délai d'un mois. Le propriétaire, le possesseur ou le détenteur qui envisage de concéder à un tiers des droits sur le bien culturel inscrit doit lui communiquer que ce bien est protégé conformément au présent décret. Toute convention violant cette disposition est nulle de plein droit.

Si un bien culturel inscrit est déplacé, s'il est perdu ou endommagé, le propriétaire, le possesseur ou le détenteur doit en informer immédiatement le Gouvernement, au plus tard dans un délai d'un mois.

Si un bien culturel inscrit change de possesseur ou de détenteur, l'ancien possesseur ou détenteur et le nouveau ont obligation d'informer. Si le propriétaire et le possesseur ou le détenteur ne sont pas une seule et même personne, alors le propriétaire a également l'obligation d'informer.

Art. 9. Subsidés pour la conservation et l'entretien

Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer des subsidés pour la conservation et l'entretien du bien culturel inscrit.

Le subside doit être demandé du Gouvernement. Le Gouvernement fixe les autres modalités.

CHAPITRE 4. — *Exportation***Art. 10.** Autorisations d'exportation

§ 1^{er}. L'exportation, temporaire ou définitive, d'un bien culturel inscrit hors du territoire de la région de langue allemande nécessite l'autorisation du Gouvernement.

La demande y relative est introduite au moyen du formulaire fixé par le Gouvernement. L'autorisation d'exportation vaut pour un an et peut être conditionnelle. Elle doit être refusée si des intérêts significatifs du patrimoine culturel de la Communauté germanophone prédominent lors de l'examen des circonstances.

Si l'inscription d'un bien culturel a été initiée, son exportation est interdite jusqu'à ce que la décision relative à l'inscription ne soit plus susceptible de recours.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

§ 2. Pour l'exportation hors du territoire douanier européen de biens culturels inscrits se trouvant sur le territoire de la région de langue allemande, les dispositions du Règlement (CE) n° 116/2009 sont d'application. L'autorisation mentionnée dans ce règlement est demandée au Gouvernement. Elle ne peut être accordée que pour des biens culturels inscrits dont l'exportation a préalablement été autorisée conformément au § 1^{er}.

Le Gouvernement peut accorder des autorisations ouvertes spécifiques et générales comme prévues dans le Règlement d'exécution (UE) n° 1081/2012 de la Commission du 9 novembre 2012 portant dispositions d'application du Règlement (CE) n° 116/2009 du Conseil concernant l'exportation des biens culturels.

Art. 11. Demande

Le Gouvernement délivre ou refuse l'autorisation d'exportation mentionnée à l'article 10, § 1^{er}, dans les deux mois suivant la réception de la demande.

Art. 12. Offre d'achat

Si le Gouvernement refuse l'autorisation d'exportation mentionnée à l'article 10, § 1^{er}, le demandeur peut – dans le mois suivant la réception du refus – demander par recommandé que le Gouvernement ou un tiers désigné par ce dernier fasse une offre d'achat.

Art. 13. Délais

§ 1^{er}. Dans le mois suivant la réception de la demande mentionnée à l'article 12, le Gouvernement ou le tiers désigné par lui entre en négociation en vue de l'acquisition du bien culturel inscrit.

§ 2. Si, dans le délai mentionné au § 1^{er}, le Gouvernement ou le tiers désigné par lui rejettent par écrit la demande mentionnée à l'article 12 ou n'ont pas entamé les négociations avec le demandeur, une autorisation d'exportation est délivrée. Cette autorisation sera délivrée dans les 15 jours suivant l'envoi de la décision de rejet ou l'expiration du délai mentionné au § 1^{er}.

Art. 14. Fixation du prix

§ 1^{er}. Au moment où le Gouvernement reçoit la demande mentionnée à l'article 12, le prix du bien culturel inscrit est fixé sur la base de la valeur marchande internationale.

Le prix est plafonné à la valeur qui est mentionnée au moment de la demande pour le bien culturel inscrit.

§ 2. Si le Gouvernement ou, selon le cas, le tiers qu'il a désigné et le demandeur ne parviennent pas à un accord dans le mois suivant le début de la négociation, le prix peut être fixé par un comité d'experts à la demande de la partie la plus diligente.

Ce comité se compose de trois membres. Un membre est désigné par le Gouvernement, un autre par le demandeur. Le troisième est désigné d'un commun accord par les deux membres susmentionnés. Si ces deux membres ne peuvent s'entendre, c'est le juge saisi par la partie la plus diligente qui prend la décision.

Le comité communique sa décision aux deux parties dans le mois qui suit la saisine.

§ 3. Le Gouvernement fixe les dispositions relatives à la fixation du prix, à l'indemnisation des experts et à la procédure applicable.

Art. 15. Arrêt de la négociation

Le demandeur peut à tout moment arrêter la négociation. Il en informe par recommandé le Gouvernement et, le cas échéant, le tiers que ce dernier a désigné.

Une nouvelle demande d'autorisation d'exportation ne peut être introduite qu'après un délai de trois ans prenant cours au moment de la notification mentionnée au premier alinéa.

Art. 16. Modalités

§ 1^{er}. Le Gouvernement ou, selon le cas, le tiers désigné par lui communique l'offre au demandeur, par recommandé, dans les dix mois suivant la réception de la demande mentionnée à l'article 12.

§ 2. Si le prix est fixé conformément à l'article 14, § 2, le Gouvernement ou, selon le cas, le tiers désigné par lui doit proposer le prix fixé par le comité d'experts.

Art. 17. Prolongation des délais

§ 1^{er}. Le Gouvernement peut prolonger de quatre mois au plus le délai mentionné à l'article 16, § 1^{er}, lorsque des indices laissent supposer qu'une offre pour le prix fixé peut être faite pendant cette période par le Gouvernement ou, selon le cas, le tiers désigné par lui.

Le Gouvernement communique au demandeur, par recommandé, la prolongation du délai.

§ 2. Si pendant le délai mentionné à l'article 16 ou, le cas échéant, à l'article 17, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le Gouvernement ou, selon le cas, le tiers désigné par lui ne fait aucune offre pour le prix fixé ou refuse une offre à ce prix, une autorisation d'exportation est délivrée dans les 15 jours suivant l'échéance dudit délai ou l'envoi de la décision de refus.

Art. 18. Refus de l'offre

Le demandeur peut refuser l'offre faite par le Gouvernement ou, selon le cas, le tiers que ce dernier a désigné. Dans le mois suivant la réception de l'offre, il en informe par recommandé le Gouvernement et, le cas échéant, le tiers que ce dernier a désigné.

Une nouvelle demande d'autorisation d'exportation ne peut être introduite qu'après un délai de trois ans prenant cours au moment de l'information mentionnée au premier alinéa.

Si aucun refus n'est communiqué conformément à l'alinéa 1^{er}, le propriétaire est censé être d'accord avec l'offre.

CHAPITRE 5. — *Dispositions de contrôle et dispositions pénales*

Art. 19. Contrôle

§ 1^{er}. Sans préjudice des obligations des officiers de police judiciaire, le Gouvernement confie à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone le contrôle de l'exécution de ce décret et de ses dispositions exécutoires ainsi que la recherche et la constatation des infractions à ce décret et à ses dispositions exécutoires.

Ces membres du personnel ont, pour l'exécution du décret, la qualité d'officier de police judiciaire.

§ 2. Ils dressent procès-verbal pour les infractions au décret et à ses dispositions exécutoires.

La personne faisant l'objet du procès-verbal en reçoit une copie certifiée conforme dans les 15 jours suivant la constatation de l'infraction.

§ 3. Des visites domiciliaires peuvent être menées dans le cadre de la mission mentionnée au § 1^{er} et s'il y a suffisamment d'indices pour présumer que le bien culturel inscrit, des renseignements ou des documents se trouvent dans des locaux pouvant servir d'habitation. Elles doivent intervenir entre 5 et 21 heures, soit moyennant l'autorisation du juge de police ou l'accord écrit préalable de l'habitant, soit en cas de flagrant délit. Ces visites domiciliaires sont menées par au moins un officier de police judiciaire ou, s'il s'agit de membres du personnel conformément au § 1^{er}, par au moins deux officiers de police judiciaire.

Art. 20. Injonctions des officiers de police judiciaire

Les membres du personnel et officiers mentionnés peuvent ordonner l'arrêt de travaux qui enfreignent ce décret ou ses dispositions exécutoires. Si besoin, ils demandent l'intervention de la force publique et procèdent à la mise sous scellés et à la saisie du bien culturel inscrit ainsi que des outils de travail et des véhicules. Ces mesures font l'objet d'un procès-verbal.

Art. 21. Infraction à l'article 7 ou 8

Le propriétaire, le possesseur ou le détenteur qui enfreint l'article 7 ou 8 est passible d'une amende de 100 à 100.000 euros et d'une peine d'emprisonnement de huit jours à un mois ou d'une de ces peines seulement.

Art. 22. Infraction à l'article 19

Le propriétaire, le possesseur ou le détenteur qui, volontairement, empêche ou entrave les membres du personnel ou officiers mentionnés à l'article 19 dans l'exercice de leurs missions est passible d'une amende de 26 à 200 euros et d'une peine d'emprisonnement de huit jours à six mois ou d'une de ces peines seulement.

Art. 23. Injonctions du tribunal

§ 1^{er}. Sur plainte du Gouvernement, le tribunal ordonne au condamné, sur la base de l'article 21 :

1. de prendre les mesures de conservation et d'entretien requises pour éviter que le bien culturel inscrit continue à se dégrader;
2. de restaurer le bien culturel inscrit, et ce, sous le contrôle de la Communauté germanophone et dans le respect des instructions de ses services;
3. de verser un cautionnement à la caisse des dépôts et consignations. Cette caution est fixée sur la base des frais estimés, relatifs au maintien en état, à l'entretien et à la restauration du bien culturel inscrit.

Le jugement prévoit en outre que le cautionnement mentionné à l'alinéa 1^{er}, 3^o, sera remboursé au condamné après exécution des mesures ordonnées par le jugement et qu'à défaut de paiement, le bien culturel inscrit servira de caution.

§ 2. Si les mesures ordonnées dans le jugement ne sont pas exécutées dans les délais impartis, le jugement ordonne que la Communauté germanophone peut les exécuter d'office aux frais du condamné.

Tous les frais sont imputés, à charge du condamné, du cautionnement mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3^o.

Sans préjudice de l'indemnisation et de l'astreinte, le solde du cautionnement reste intégralement acquis à la Communauté germanophone.

Lorsque le bien culturel inscrit est considéré comme caution conformément au § 1^{er}, alinéa 2, il devient définitivement la propriété de la Communauté germanophone après cinq ans à dater du jugement mentionné au § 1^{er}, à moins que le condamné ne remplisse, avant l'expiration de cette période, l'obligation lui imposée par le juge de payer le cautionnement.

§ 3. Dans le cas d'une restauration immédiate, les droits de la partie civile se limitent au mode de restauration exigé par le Gouvernement, sans préjudice du droit d'action en réparation des dommages à charge du condamné.

Art. 24. Exportation interdite

Celui qui exporte un bien culturel inscrit sans l'autorisation mentionnée à l'article 11, § 1^{er}, du Règlement (CE) n° 116/2009, est passible d'une amende de 300 à 100.000 euros et d'une peine d'emprisonnement de quatre mois à cinq ans ou d'une de ces peines seulement.

Les peines mentionnées au premier alinéa sont doublées lorsque l'infraction est commise par une personne qui, en raison de sa profession ou de son activité, accomplit des actes de commerce portant sur le bien culturel inscrit ou par une personne qui intervient dans l'affaire en tant qu'intermédiaire.

Art. 25. Mesures supplémentaires

§ 1^{er}. Sous réserve de la loi du 28 octobre 1996 relative à la restitution de biens culturels ayant quitté illicitement le territoire de certains États étrangers, le tribunal ordonne au condamné, sur plainte du Gouvernement en vertu de l'article 24 :

1^o de réimporter en Communauté germanophone le bien culturel inscrit, et ce, dans un délai fixé par le tribunal et qui ne peut dépasser un an;

2^o de verser un cautionnement à la caisse des dépôts et consignations. Cette caution est fixée par le tribunal en se basant sur la valeur marchande internationale du bien culturel inscrit, majorée des frais estimés pour son retour. En outre, le jugement ordonne qu'en cas de défaut de paiement, le bien culturel inscrit ramené soit considéré comme caution.

§ 2. Si le bien culturel inscrit n'est pas ramené en Communauté germanophone au terme du délai fixé dans le jugement, le tribunal ordonne que la Communauté germanophone peut d'office prévoir l'exécution de cette mesure aux frais du condamné. Tous les frais de transport et d'assurance ainsi que tous les autres frais nécessaires à l'exécution de la mesure sont déduits du cautionnement, à charge du condamné.

Sans préjudice de l'indemnisation et de l'astreinte, le solde du cautionnement reste intégralement acquis à la Communauté germanophone.

Lorsque le bien culturel inscrit ramené est considéré comme caution conformément au § 1^{er}, 2^o, dernière phrase, il devient définitivement propriété de la Communauté germanophone après cinq ans à dater du jugement mentionné au § 1^{er}, à moins que le condamné ne remplisse, avant l'expiration de cette période, l'obligation lui imposée par le juge de payer la caution.

En cas de restauration directe, les droits de la partie civile sont limités au mode de restauration exigé par le Gouvernement, sans préjudice du droit d'action en réparation des dommages par le condamné.

Art. 26. Peines supplémentaires

Est passible d'une amende de 26 à 50.000 euros et d'une peine d'emprisonnement de quatre mois à cinq ans ou d'une de ces peines seulement :

1^o quiconque remet sciemment des déclarations fausses ou incomplètes ou fournit des renseignements faux ou incomplets lors d'une demande d'autorisation introduite en vue d'exporter des biens culturels hors de l'Union européenne;

2^o quiconque exporte, sans autorisation, un bien culturel inscrit de la Communauté germanophone hors de l'Union européenne.

Art. 27. Secret

Toute personne qui, à quelque titre que ce soit, est concernée par l'exécution et l'application de ce décret, est tenue au secret.

CHAPITRE 6. — *Missions spécifiques du Gouvernement***Art. 28.** Mesures d'information et de formation

Le Gouvernement peut mener des campagnes d'information et mettre en œuvre des mesures de formation afin de susciter et développer auprès du public la compréhension de la valeur qu'a le bien culturel mobilier et de l'informer des dangers que court le patrimoine culturel en cas de vol, exportation illicite et autre.

Le Gouvernement publie sur Internet des informations sur le bien culturel mobilier.

Art. 29. Etudes

Le Gouvernement peut soutenir des études scientifiques, techniques et artistiques en vue d'une protection efficace du bien culturel mobilier.

Art. 30. Coopération

Le Gouvernement coopère avec d'autres instances compétentes et promeut une coordination entre les autorités nationales compétentes des Etats membres de l'Union européenne.

Dans ce cadre, il remplit entre autres les missions suivantes conformément à l'article 5 de la Directive 2014/60/UE du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 relative à la restitution de biens culturels ayant quitté illicitement le territoire d'un Etat membre et modifiant le Règlement (UE) n° 1024/2012 (refonte) :

1. à la demande de l'Etat membre requérant, rechercher un bien culturel déterminé qui a été amené illégalement de son territoire et l'identité de la personne qui jouit de la détention matérielle du bien culturel pour elle-même et/ou pour compte d'autrui. Cette demande sera accompagnée de toutes les données nécessaires, relatives notamment à l'endroit effectif ou présumé où se trouve le bien culturel, afin de faciliter la recherche;

2. informer les Etats membres concernés en cas de découverte d'un bien culturel sur le territoire de la région de langue allemande, lorsqu'il y a tout lieu de présumer que le bien culturel a quitté illicitement le territoire d'un autre Etat membre;

3. faciliter la vérification, par les autorités compétentes de l'Etat membre requérant, que l'objet concerné est effectivement un bien culturel, dans la mesure où cette vérification se déroule dans les six mois suivant l'information conformément au 2°. Si cette vérification n'intervient pas dans le délai fixé, les 4° et 5° ne sont pas applicables;

4. le cas échéant, prendre en coopération avec l'Etat membre concerné les mesures nécessaires à la conservation physique du bien culturel;

5. prendre les mesures provisoires nécessaires pour empêcher que le bien culturel échappe à la procédure de restitution;

6. jouer le rôle d'intermédiaire entre la personne qui jouit de la détention matérielle du bien culturel pour elle-même et/ou pour compte d'autrui, d'une part, et l'Etat membre requérant, d'autre part, en ce qui concerne la restitution. A cette fin, le Gouvernement peut faciliter dans un premier temps l'entame d'une procédure d'arbitrage conformément à la législation nationale, dans la mesure où l'Etat membre requérant et la personne qui jouit de la détention matérielle du bien culturel pour elle-même et/ou pour compte d'autrui ont marqué leur accord formel.

En vue de la coopération, les services du Gouvernement utilisent un module spécifique, propre aux biens culturels, du système d'information sur le marché intérieur (IMI) institué par le Règlement (UE) n° 1024/2012 du Parlement européen et du Conseil du 25 octobre 2012 concernant la coopération administrative par l'intermédiaire du système d'information du marché intérieur et abrogeant la Décision 2008/49/CE de la Commission (règlement IMI). Ils peuvent aussi utiliser l'IMI pour diffuser, au cas par cas, des informations pertinentes relatives aux biens culturels qui ont été volés ou sortis illégalement de leur territoire.

CHAPITRE 7. — *Disposition finale***Art. 31.** Disposition abrogatoire

Sont abrogés :

1° l'article 5 de l'arrêté royal du 16 août 1824 portant que les fabriques et administrations d'église ne peuvent prendre des dispositions sur des objets dont le soin ne leur est pas expressément conféré par les lois, règlements et ordonnances existants;

2° les articles 17 à 20 de la loi du 7 août 1931 sur la conservation des monuments et des sites;

3° la loi du 16 mai 1960 relative au Patrimoine culturel mobilier de la Nation.

Nous promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 20 février 2017.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Education et de la Recherche scientifique

 Note

(1) *Session 2016-2017.*

Documents parlementaires : 158 (2016-2017), n° 1. Projet de décret.

158 (2016-2017), n° 2. Rapport.

Compte rendu intégral : 20 février 2016, n° 37. Discussion et vote.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2017/201786]

20 FEBRUARI 2017. — Decreet ter bescherming van roerende cultuurogoederen van uitzonderlijk belang (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen***Artikel 1.** Strekking

De roerende cultuurogoederen van uitzonderlijk belang worden overeenkomstig dit decreet beschermd.

Art. 2. Definities

In de zin van dit decreet wordt verstaan onder :

1° geïnventariseerd cultuurogoed : een roerend cultuurogoed dat op grond zijn artistiek, historisch, archeologisch, wetenschappelijk of ander cultureel belang opgenomen is in de inventaris van waardevolle roerende cultuurogoederen van de Duitstalige Gemeenschap;

2° roerend cultuurogoed : een roerend goed dat of een verzameling die behoort tot één of meer categorieën vermeld in bijlage I van de Verordening (EG) nr. 116/2009;

3° verzameling : een geheel van roerende goederen die op grond van hun artistiek, historisch, archeologisch, wetenschappelijk of ander cultureel belang bij elkaar horen;

4° archief : een geordende verzameling van belangrijke schriftelijke stukken, documenten, oorkonden of akten die tot een openbare of private verzameling behoort;

5° bibliotheken : openbare bibliotheken in de zin van het decreet van 15 juni 1994 over de openbare bibliotheken en de Adviescommissie voor openbare bibliotheken;

6° musea : de musea erkend overeenkomstig het decreet van 7 mei 2007 over de bevordering van de musea en van de cultureel-erfgoedpublicaties;

7° inventaris : de inventaris opgemaakt overeenkomstig artikel 3;

8° aanvrager : voor de doeleinden van hoofdstuk 4, de eigenaar of zijn gevolmachtigde;

9° Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

10° Verordening (EG) nr. 116/2009 : de Verordening (EG) nr. 116/2009 van de Raad van 18 december 2008 betreffende de uitvoer van cultuurogoederen.

HOOFDSTUK 2. — *Opmaak van en opname in de inventaris***Art. 3.** Opmaak

De Regering houdt een inventaris van waardevolle roerende cultuurogoederen van de Duitstalige Gemeenschap bij. De Regering bepaalt de criteria voor de opname in de inventaris en kan onderverdelingen van de inventaris vastleggen. Elk geïnventariseerd cultuurogoed wordt gekenmerkt door een objectnummer dat wordt samengesteld zoals vastgelegd door de Regering.

Art. 4. Opname in de inventaris

§ 1. De opname in de inventaris kan op aanvraag of van ambtswege geschieden.

De aanvraag kan worden ingediend door :

1° de eigenaar, bezitter of houder van het roerend cultuurogoed;

2° het gemeentecollege van de gemeente waar het roerend cultuurogoed zich bevindt;

3° de personen die een museum, bibliotheek, archief of kerkelijke instelling leiden.

§ 2. De aanvraag wordt schriftelijk ingediend via het formulier dat door de Regering is vastgelegd. De aanvraag bevat de gegevens over het op te nemen roerend cultuurogoed die noodzakelijk zijn om het in de inventaris op te nemen :

1° de naam en het adres van de eigenaar, bezitter of houder van het cultuurogoed;

2° de plaats waar het goed zich op het ogenblik van de aanvraag bevindt;

3° het objecttype;

4° het materiaal;

5° de techniek;

6° de afmetingen of het gewicht;

7° de eenheden, het aantal stuks of de omvang;

8° het motief;

9° het inschrift;

10° de bijzondere kenmerken, met name beschadigingen en herstellingen;

11° het tijdperk of de vervaardigingsdatum;

12° de auteur;

13° de titel;

14° zo nauwkeurig mogelijke gegevens over de herkomst en de plaats waar het cultuurogoed vervaardigd werd, of – wanneer het gaat om het resultaat van archeologische of paleontologische opgravingen of vondsten – over de vindplaats;

15° de bibliografie en lijst met afbeeldingen, indien voorhanden;

16° een foto of een andere afbeelding van het cultuurogoed.

Art. 5. Procedurebepalingen

Elke opname, wijziging of schrapping moet zo snel mogelijk per aangetekende brief worden meegedeeld aan de aanvrager en aan de eigenaar of, wanneer laatstgenoemde de Regering niet bekend is, aan de bezitter of de houder van het cultuurogoed en moet zo snel mogelijk bij uittreksel bekendgemaakt worden in het *Belgisch Staatsblad*. Daarbij wordt niet vermeld hoe de eigenaar of, naargelang van het geval, de bezitter of houder heet, noch waar het geïnventariseerde cultuurogoed zich bevindt.

De geïnventariseerde cultuurogoederen worden overeenkomstig dit decreet beschermd zodra de eigenaar of, naargelang van het geval, de bezitter of houder van het cultuurogoed kennis heeft gekregen van de mededeling van de Regering over de opname in de inventaris of, wanneer de bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad* aan de mededeling van de Regering voorafgaat, uiterlijk op de dag van die bekendmaking.

Uiterlijk twintig dagen na de mededeling van de Regering moet de eigenaar, de bezitter of de houder van het cultuurogoed, naargelang van het geval, de eigenaar, de bezitter of de houder per aangetekende brief inlichten over de opname in de inventaris.

Binnen twee maanden na kennisneming van de mededeling van de Regering of uiterlijk na de bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad*, wanneer die bekendmaking aan de mededeling van de Regering voorafgaat, kan de eigenaar, de bezitter of de houder van het cultuurogoed, voor zover hij niet zelf de aanvrager was, een schriftelijk standpunt over de opname in de inventaris afgeven.

Art. 6. Schrapping uit de inventaris

De Regering kan de opname in de inventaris te allen tijde van ambtswege schrappen.

Indien sinds de inwerkingtreding van de opname in de inventaris overeenkomstig artikel 5, tweede lid, meer dan vijf jaar verstreken zijn en indien de omstandigheden fundamenteel veranderd zijn, kunnen de eigenaars, de bezitters of de houders van het cultuurogoed de schrapping aanvragen bij de Regering.

De bescherming van het cultuurogoed eindigt op de dag van de publicatie van de bekendmaking van de schrapping in het *Belgisch Staatsblad*.

HOOFDSTUK 3. — *Beschermingsmaatregelen*

Art. 7. Instandhoudingsplicht

Het is verboden een geïnventariseerd cultuurogoed te vernielen, te beschadigen of de uiterlijke kenmerken ervan meer dan strikt noodzakelijk en tijdelijk te wijzigen als die wijziging niet wordt aangebracht om het cultuurogoed vakkundig te bewaren en te restaureren of om het volgens erkende wetenschappelijke normen te onderzoeken. Bij de opname in de inventaris kan de Regering meer gedetailleerde, evenredige en aan de situatie aangepaste beschermingsmaatregelen vastleggen en die later wijzigen.

Wie een geïnventariseerd cultuurogoed wil vernietigen, veranderen, restaureren of herstellen, moet daartoe toestemming krijgen van de Regering. De aanvraag wordt ingediend via het formulier dat door de Regering is vastgelegd. Aan de toestemming kunnen voorwaarden verbonden zijn.

In afwijking van het tweede lid, eerste zin, kunnen in buitengewone omstandigheden dringende en voorlopige maatregelen zonder toestemming worden genomen. Die maatregelen moeten zo snel mogelijk per aangetekende brief aan de Regering worden meegedeeld.

Art. 8. Informatie- en meldplicht

§ 1. De eigenaars, bezitters of houders van een geïnventariseerd cultuurogoed zijn ertoe verplicht, op verzoek van de Regering, de voor de uitvoering van dit decreet noodzakelijke inlichtingen mee te delen, in het bijzonder bij schade, gebreken, diefstal of verlies.

§ 2. Indien een geïnventariseerd cultuurogoed wordt vervreemd, moeten de vroegere eigenaar en de nieuwe eigenaar de verandering van eigenaar zo snel mogelijk en in elk geval uiterlijk binnen een maand bij de Regering melden. De eigenaar, bezitter of houder die van plan is om rechten op het geïnventariseerd cultuurogoed aan een derde over te dragen, moet aan die derde meedelen dat het cultuurogoed overeenkomstig dit decreet beschermd is. Elke overeenkomst die in strijd is met deze bepaling is van ambtswege nietig.

Indien een geïnventariseerd cultuurogoed naar een andere plaats wordt gebracht, verloren raakt of beschadigd is, moet de eigenaar, de bezitter of de houder dat zo snel mogelijk en in elk geval binnen een maand bij de Regering melden.

In geval van verandering van bezitter of houder van een geïnventariseerd cultuurogoed, zijn zowel de oude als de nieuwe bezitter of houder aan de informatieplicht gebonden. Als de eigenaar en de bezitter of houder niet dezelfde persoon zijn, geldt de informatieplicht ook voor de eigenaar.

Art. 9. Subsidies voor behoud en instandhouding

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering subsidies voor het behoud en de instandhouding van de geïnventariseerde cultuurogoederen toekennen.

De subsidie moet bij de Regering worden aangevraagd. De Regering legt de nadere regels vast.

HOOFDSTUK 4. — *Uitvoer***Art. 10.** Uitvoervergunningen

§ 1. Voor de tijdelijke of definitieve uitvoer van een geïnventariseerd cultuurobject uit het Duitse taalgebied is de vergunning van de Regering vereist.

De aanvraag wordt ingediend via het formulier dat door de Regering is vastgelegd. De uitvoervergunning geldt voor een jaar; aan de uitvoervergunning kunnen voorwaarden verbonden worden. De uitvoer moet worden geweigerd indien, na afweging van de specifieke omstandigheden, wezenlijke belangen van het cultureel erfgoed van de Duitstalige Gemeenschap overwegen.

Als de opname van een cultuurobject ingeleid is, is de uitvoer van het goed verboden tot de beslissing over de opname niet meer vatbaar is voor beroep.

De Regering legt de nadere regels vast.

§ 2. Voor de uitvoer uit het Europese douanegebied van geïnventariseerde cultuurobjecten die zich in het Duitse taalgebied bevinden, gelden de bepalingen van de Verordening (EG) nr. 116/2009. De vergunning vermeld in die verordening wordt aangevraagd bij de Regering. Ze kan alleen toegekend worden voor geïnventariseerde cultuurobjecten waarvan de uitvoer vooraf overeenkomstig paragraaf 1 werd toegestaan.

De Regering kan specifieke open vergunningen en algemene open vergunningen toekennen zoals bepaald in de Uitvoeringsverordening (EU) nr. 1081/2012 van de Commissie van 9 november 2012 voor de toepassing van Verordening (EG) nr. 116/2009 van de Raad betreffende de uitvoer van cultuurobjecten.

Art. 11. Aanvraag

De Regering verleent of weigert de uitvoervergunning vermeld in artikel 10, § 1, binnen twee maanden na ontvangst van de aanvraag.

Art. 12. Koopaanbod

Indien de Regering de uitvoervergunning vermeld in artikel 10, § 1, weigert, kan de aanvrager binnen een maand na de ontvangst van de weigering per aangetekende brief vragen dat de Regering of een door haar aangewezen derde een koopaanbod doet.

Art. 13. Termijnen

§ 1. De Regering of de door haar aangewezen derde treedt binnen één maand na ontvangst van het in artikel 12 bedoelde verzoek in onderhandeling over de verwerving van het geïnventariseerd cultuurobject.

§ 2. Indien de Regering of de door haar aangewezen derde, binnen de in paragraaf 1 vastgestelde termijn, het in artikel 12 vermelde verzoek schriftelijk afwijst of de onderhandelingen met de aanvrager niet aangevat heeft, dan wordt een uitvoervergunning afgegeven. Deze vergunning wordt afgegeven binnen 15 dagen na verzending van de weigeringsbeslissing of na verloop van de termijn vermeld in paragraaf 1.

Art. 14. Prijsbepaling

§ 1. De prijs van het geïnventariseerd cultuurobject wordt bepaald op basis van de internationale marktwaarde op het moment waarop de Regering het verzoek vermeld in artikel 12 ontving.

Als maximumbedrag van die prijs geldt de bij het verzoek aangegeven waarde van het geïnventariseerd cultuurobject.

§ 2. Indien, binnen één maand na aanvang van de onderhandelingen, geen overeenstemming over de prijs werd bereikt tussen de Regering resp. de door haar aangewezen derde en de aanvrager, dan kan, op verzoek van de meest gereede partij, deze prijs vastgesteld worden door een college van deskundigen.

Dat college bestaat uit drie leden. De Regering en de aanvrager stellen elk één lid aan. Het derde lid wordt in onderling overleg door beide voornoemde leden aangesteld. Bij gebrek aan overeenstemming wordt het derde lid van dit college, op verzoek van de meest gereede partij, aangesteld door de rechter.

Het college brengt zijn beslissing ter kennis van beide partijen binnen één maand na zijn aanstelling.

§ 3. De Regering bepaalt de regels met betrekking tot de prijsbepaling, de vergoeding van de deskundigen en de te volgen procedure.

Art. 15. Stopzetting van de onderhandelingen

De aanvrager kan de onderhandelingen te allen tijde stopzetten. Hij brengt dit per aangetekende brief ter kennis van de Regering en, in voorkomend geval, van de door haar aangewezen derde.

Eerst drie jaar na de kennisgeving bedoeld in het eerste lid mag een nieuwe aanvraag voor een uitvoervergunning worden ingediend.

Art. 16. Nadere regels

§ 1. De Regering resp. de door haar aangewezen derde brengt het aanbod, binnen tien maanden na ontvangst van het in artikel 12 bedoelde verzoek, per aangetekende brief ter kennis van de aanvrager.

§ 2. Indien de prijs overeenkomstig artikel 14, § 2, wordt vastgesteld, dan brengt de Regering resp. de door haar aangewezen derde haar aanbod uit tegen de prijs die door het college van deskundigen vastgesteld is.

Art. 17. Verlenging van de termijnen

§ 1. De Regering kan de in artikel 16, § 1, vastgestelde termijn met een periode van maximaal vier maanden verlengen, indien er aanwijzingen zijn dat binnen die periode alsnog een aanbod tegen de vastgestelde prijs kan worden geformuleerd door de Regering resp. door de door haar aangewezen derde.

De Regering brengt haar beslissing tot verlenging van de termijn per aangetekende brief ter kennis van de aanvrager.

§ 2. Indien de Regering resp. de door haar aangewezen derde, binnen de in artikel 16, of, in voorkomend geval, artikel 17, § 1, eerste lid, bedoelde termijn geen aanbod tegen de vastgestelde prijs formuleert of een aanbod tegen de vastgestelde prijs heeft afgewezen, dan wordt alsnog een uitvoervergunning afgegeven binnen 15 dagen na verloop van de toepasselijke termijn of na verzending van de beslissing tot afwijzing van het aanbod.

Art. 18. Afwijzing van het aanbod

De aanvrager kan het aanbod van de Regering resp. van de door haar aangewezen derde afwijzen. Hij brengt dit per aangetekende brief ter kennis van de Regering en, in voorkomend geval, van de door haar aangewezen derde, binnen één maand na ontvangst van het aanbod.

Eerst drie jaar na de kennisgeving bedoeld in het eerste lid mag een nieuwe aanvraag voor een uitvoervergunning worden ingediend.

Bij gebrek aan een overeenkomstig het eerste lid ter kennis gebrachte afwijzing wordt de eigenaar geacht het aanbod te hebben aanvaard.

HOOFDSTUK 5. — *Toezichts- en strafbepalingen***Art. 19.** Toezicht

§ 1. Onverminderd de plichten van de officieren van gerechtelijke politie belast de Regering personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap met het toezicht op de naleving van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan, alsook met de opsporing en de vaststelling van de inbreuken op dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan.

Die personeelsleden hebben voor de toepassing van dit decreet de hoedanigheid van officier van gerechtelijke politie.

§ 2. Zij maken een proces-verbaal op van de inbreuken op dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan.

De geverbaliseerde krijgt een voor eensluidend verklaard afschrift toegezonden binnen 15 dagen na de vaststelling van de inbreuk.

§ 3. In het kader van de opdracht vermeld in paragraaf 1 en indien er voldoende aanwijzingen voorhanden zijn om aan te nemen dat geïnventariseerd cultuurgoed, inlichtingen of documenten daarover zich bevinden in vertrekken die als woning dienst kunnen doen, kunnen huiszoekingen verricht worden. Die moeten plaatsvinden tussen 5 en 21 uur hetzij met machtiging van de rechter in de politierechtbank, hetzij met voorafgaande en schriftelijke toestemming van de bewoner, hetzij bij betrapting op heterdaad. Deze huiszoekingen worden verricht door ten minste één officier van gerechtelijke politie of, indien het om personeelsleden in de zin van paragraaf 1 gaat, door ten minste twee officieren van gerechtelijke politie.

Art. 20. Bevelen die door de officieren van gerechtelijke politie worden gegeven

De in artikel 19 vermelde personeelsleden en officieren kunnen bevelen dat werkzaamheden die in overtreding zijn met dit decreet of met de uitvoeringsbepalingen ervan moeten worden stilgelegd. Zo nodig doen zij een beroep op de gewapende macht en gaan zij over tot de gerechtelijke verzegeling en de inbeslagname van het geïnventariseerd cultuurgoed en de werk- en voertuigen. Die maatregelen worden in het proces-verbaal vermeld.

Art. 21. Inbreuk op artikel 7 of 8

De eigenaar, bezitter of houder die een inbreuk op artikel 7 of artikel 8 pleegt, wordt gestraft met een geldboete van 100 euro tot 100.000 euro en met een gevangenisstraf van acht dagen tot één maand of met een van deze straffen alleen.

Art. 22. Inbreuk op artikel 19

De eigenaar, bezitter of houder die de in artikel 19 vermelde personeelsleden of officieren opzettelijk belemmert of hindert bij de uitvoering van hun opdrachten, wordt gestraft met een geldboete van 26 euro tot 200 euro en met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden of met een van deze straffen alleen.

Art. 23. Bevelen die door de rechtbank worden gegeven

§ 1. Op vordering van de Regering beveelt de rechtbank aan de veroordeelde op basis van artikel 21 :

1° de nodige maatregelen tot instandhouding en tot onderhoud te nemen om het verder verval van het geïnventariseerd cultuurgoed tegen te gaan;

2° het geïnventariseerd cultuurgoed te restaureren onder toezicht van de diensten van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap en met naleving van de aanwijzingen van die diensten;

3° een borgsom te storten in de Deposito- en Consignatiekas. Deze borgsom wordt vastgesteld op basis van de geschatte kosten voor de instandhouding, het onderhoud en de restauratie van het geïnventariseerd cultuurgoed.

Het vonnis bepaalt tevens dat de in het eerste lid, 3°, bepaalde borgsom aan de veroordeelde wordt terugbetaald na de uitvoering van de in het vonnis opgelegde maatregelen en dat, bij niet-betaling van de borgsom, het geïnventariseerde cultuurgoed als borgtocht wordt beschouwd.

§ 2. Voor het geval dat de in het vonnis opgelegde maatregelen niet binnen de vastgestelde termijn worden uitgevoerd, beveelt het vonnis dat de Duitstalige Gemeenschap van ambtswege in de uitvoering ervan kan voorzien, op kosten van de veroordeelde.

Alle kosten worden aangerekend op de borgsom vermeld in paragraaf 1, eerste lid, 3°, ten laste van de veroordeelde.

Het saldo van de borgsom blijft integraal aan de Duitstalige Gemeenschap verworven, onverminderd de schadeloosstelling en de opgelegde dwangsom.

Indien het geïnventariseerd cultuurgoed overeenkomstig paragraaf 1, tweede lid, als borgtocht wordt beschouwd, wordt het na vijf jaar, te rekenen vanaf het vonnis vermeld in paragraaf 1, definitief eigendom van de Duitstalige Gemeenschap, tenzij de veroordeelde vóór afloop van die termijn alsnog zijn door de rechter opgelegde verplichting tot het storten van de borgsom nakomt.

§ 3. De rechten van de burgerlijke partij zijn in geval van rechtstreeks herstel beperkt tot de door de Regering gevorderde wijze van herstel, onverminderd het recht om vergoeding van de schade te eisen van de veroordeelde.

Art. 24. Onrechtmatige uitvoer

Wie zonder de vergunning vermeld in artikel 11, § 1, of, naargelang van het geval, zonder de vergunning vermeld in de Verordening (EG) nr. 116/2009 een geïnventariseerd cultuurgoed uitvoert, wordt gestraft met een geldboete van 300 euro tot 100.000 euro en met een gevangenisstraf van vier maanden tot vijf jaar of met een van deze straffen alleen.

De straffen vermeld in het eerste lid worden verdubbeld indien de inbreuk gepleegd wordt door een persoon die op grond van zijn beroep of activiteit met betrekking tot het geïnventariseerd cultuurgoed een daad van koophandel stelt of door een persoon die bij die verrichtingen als tussenpersoon optreedt.

Art. 25. Bijkomende maatregelen

§ 1. Onder voorbehoud van de toepassing van de wet van 28 oktober 1996 betreffende de teruggave van cultuurgoederen die op onrechtmatige wijze buiten het grondgebied van bepaalde buitenlandse staten zijn gebracht, beveelt de rechtbank, op vordering van de Regering, aan de veroordeelde op basis van artikel 24 :

1° het geïnventariseerd cultuurgoed terug te brengen binnen de Duitstalige Gemeenschap binnen een door de rechtbank vastgestelde termijn die niet langer is dan één jaar;

2° een borgsom te storten in de Deposito- en Consignatiekas. Die borgsom wordt vastgesteld door de rechtbank op basis van de internationale marktwaarde van het geïnventariseerd cultuurgoed, vermeerderd met de geschatte kosten voor de terugkeer ervan. Het vonnis beveelt tevens dat bij ontstentenis van een betaling het teruggebrachte geïnventariseerde cultuurgoed als borgtocht wordt beschouwd.

§ 2. Voor het geval dat het geïnventariseerde cultuurgoed na afloop van de in het vonnis vastgestelde termijn niet in de Duitstalige Gemeenschap is teruggebracht, beveelt de rechtbank dat de Duitstalige Gemeenschap van ambtswege in de uitvoering ervan kan voorzien, op kosten van de veroordeelde. Alle kosten van transport en verzekering en andere noodzakelijke uitvoeringskosten worden, ten laste van de veroordeelde, op de gestorte borgsom aangerekend.

Het saldo van de borgsom blijft integraal aan de Duitstalige Gemeenschap verworven, onverminderd de schadeloosstelling en de opgelegde dwangsom.

Indien het teruggebrachte geïnventariseerde cultuurgoed overeenkomstig paragraaf 1, 2°, laatste zin, als borgtocht wordt beschouwd, wordt het na vijf jaar, te rekenen vanaf het vonnis bedoeld in paragraaf 1, definitief eigendom van de Duitstalige Gemeenschap, tenzij de veroordeelde vóór afloop van die termijn alsnog zijn door de rechter opgelegde verplichting tot storting van een borgsom nakomt.

De rechten van de burgerlijke partij zijn in geval van rechtstreeks herstel beperkt tot de door de Regering gevorderde wijze van herstel, onverminderd het recht om vergoeding van de schade te eisen van de veroordeelde.

Art. 26. Bijkomende straffen

Wordt gestraft met een geldboete van 26 euro tot 50.000 euro en met een gevangenisstraf van vier maanden tot vijf jaar of met een van deze straffen alleen :

1° personen die bij de aanvraag tot het verlenen van een vergunning voor het buiten de Europese Unie brengen van cultuurgoederen, willens en wetens onjuiste of onvolledige verklaringen afleggen of onjuiste of onvolledige inlichtingen verstrekken;

2° personen die zonder vergunning een geïnventariseerd cultuurgoed van de Duitstalige Gemeenschap buiten de Europese Unie uitvoeren.

Art. 27. Geheimhoudingsplicht

Elke persoon die, in welke hoedanigheid ook, betrokken is bij de uitvoering en de toepassing van dit decreet, is tot geheimhouding verplicht.

HOOFDSTUK 6. — Specifieke opdrachten van de Regering**Art. 28. Voorlichtings- en opleidingsmaatregelen**

De Regering kan informatiecampagnes en opleidingsmaatregelen nemen om het publiek te sensibiliseren voor de waarde van het roerend cultuurgoed, alsook voor de gevaren die voor het culturele erfgoed kunnen ontstaan door diefstal, onrechtmatige uitvoer en dergelijke.

De Regering publiceert op het internet informatie over het roerend cultuurgoed.

Art. 29. Onderzoek

De Regering kan wetenschappelijk, technisch en artistiek onderzoek rond de doeltreffende bescherming van het roerend cultuurgoed ondersteunen.

Art. 30. Samenwerking

De Regering werkt samen met andere bevoegde instanties en bevordert overleg tussen de bevoegde nationale autoriteiten van de lidstaten van de Europese Unie.

In dat kader vervult ze in het bijzonder de volgende taken overeenkomstig artikel 5 van de Richtlijn 2014/60/EU van het Europees Parlement en de Raad van 15 mei 2014 betreffende de teruggave van cultuurgoederen die op onrechtmatige wijze buiten het grondgebied van een lidstaat zijn gebracht en houdende wijziging van Verordening (EU) nr. 1024/2012 (herschikking) :

1° op verzoek van de verzoekende lidstaat een nader bepaald cultuurgoed dat op onrechtmatige wijze buiten het grondgebied van deze lidstaat is gebracht, opsporen en de identiteit vaststellen van de persoon die het cultuurgoed voor zichzelf en/of voor anderen werkelijk onder zich heeft. Dit verzoek moet vergezeld gaan van alle nodige informatie om de opsporing te vergemakkelijken, in het bijzonder over de plaats waar het goed zich daadwerkelijk of vermoedelijk bevindt;

2° indien in het Duitse taalgebied een cultuurgoed wordt aangetroffen waarvan op redelijke gronden kan worden aangenomen dat dit goed op onrechtmatige wijze buiten het grondgebied van een andere lidstaat is gebracht, de betrokken lidstaten hiervan in kennis stellen;

3° de bevoegde autoriteiten van de verzoekende lidstaat gedurende een termijn van zes maanden na de kennisgeving bedoeld in de bepaling onder 2°, de gelegenheid geven na te gaan of het betrokken goed een cultuurgoed is. Doen zij dit niet binnen de gestelde termijn, dan zijn de bepalingen onder 4° en 5° niet langer van toepassing;

4° in samenwerking met de betrokken lidstaat de nodige maatregelen treffen voor het materiële behoud van het cultuurgoed;

5° door de nodige voorlopige maatregelen voorkomen dat het cultuurgoed aan de teruggaveprocedure wordt onttrokken;

6° met betrekking tot de teruggave als tussenpersoon fungeren tussen de persoon die het cultuurgoed voor zichzelf en/of voor anderen onder zich heeft en de verzoekende lidstaat. Te dien einde kan de Regering eerst de weg effenen voor een arbitrageprocedure overeenkomstig de nationale wetgeving, op voorwaarde dat de verzoekende lidstaat en de persoon die het cultuurgoed voor zichzelf en/of voor anderen werkelijk onder zich heeft, uitdrukkelijk met de arbitrageprocedure akkoord gaan.

Met het oog op de samenwerking maken de diensten van de Regering gebruik van een specifiek op cultuurgoederen toegesneden module van het informatiesysteem interne markt ("IMI"), ingesteld bij Verordening (EU) nr. 1024/2012 van het Europees Parlement en de Raad van 25 oktober 2012 betreffende de administratieve samenwerking via het Informatiesysteem interne markt en tot intrekking van Beschikking 2008/49/EG van de Commissie ("de IMI-verordening"). Zij kunnen ook van het IMI gebruikmaken om in een specifieke zaak de desbetreffende informatie over gestolen of op onrechtmatige wijze buiten hun grondgebied gebrachte cultuurgoederen te verspreiden.

HOOFDSTUK 7. — Slotbepaling

Art. 31. Opheffingsbepaling

Volgende regelingen worden opgeheven :

1° artikel 5 van het koninklijk besluit van 16 augustus 1824 houdende dat de kerkbesturen en kerkelijke administraties geen beschikkingen kunnen nemen omtrent onderwerpen, waarvan de bezorging hen niet uitdrukkelijk bij de bestaande wetten, reglementen of verordeningen is opgedragen;

2° de artikelen 17 tot en met 20 van de wet van 7 augustus 1931 op het behoud van monumenten en landschappen;

3° de wet van 16 mei 1960 betreffende 's lands roerend cultureel patrimonium.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 20 februari 2017.

O. PAASCH
De Minister-President

I. WEYKMANS
De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS
De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

(1) *Zitting 2016-2017.*

Parlementaire stukken : 158 (2016-2017), nr. 1. Ontwerp van decreet.

158 (2016-2017), nr. 2. Verslag.

Integraal verslag : 20 februari 2016, nr. 37. Bespreking en aanneming.

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2017/201931]

30 MARS 2017. — Arrêté du Gouvernement wallon accordant une dispense de permis de pêche le samedi 1^{er} avril 2017 aux participants au concours de pêche organisée par le club de pêche de Wannebecq, commune de Lessines

Le Gouvernement wallon,

Vu le décret du 27 mars 2014 relatif à la pêche fluviale, à la gestion piscicole et aux structures halieutiques, l'article 8, § 2;

Vu la demande introduite en date du 8 mars 2017 par l'ASBL "Lessines s'anime" pour le Club de pêche de Wannebecq;

Vu l'avis du Conseil supérieur wallon de la Pêche, donné le 17 mars 2017;

Considérant que la manifestation organisée par le club de pêche de Wannebecq est un concours de pêche qui se déroulera parmi d'autres activités de l'ASBL "Lessines s'anime" au profit du Télévie;

Sur la proposition du Ministre de la Ruralité et de la Nature;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Les participants au concours de pêche organisé le samedi 1^{er} avril 2017 le long de la Dendre rive gauche à proximité de la caserne des pompiers de Lessines, par le club de pêche de Wannebecq, sont autorisés à pêcher ce jour-là sans être munis d'un permis de pêche régulier de la Région wallonne.

Art. 2. Le Ministre qui a la pêche dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Namur le 30 mars 2017.

Le Ministre-Président,
P. MAGNETTE

Le Ministre de l'Agriculture, de la Ruralité, de la Nature, du Tourisme et des Infrastructures sportives,
délégué à la Représentation à la Grande Région,
R. COLLIN